

**Zeitschrift:** Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung  
**Herausgeber:** Schweizerische Friedensgesellschaft  
**Band:** - (1904)  
**Heft:** 19-23

**Artikel:** Roosevelts Initiative zur neuen Friedenskonferenz  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-803058>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 11.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

In der uns schon erwartenden Versammlung fanden wir für unsere Ansprachen, die diesmal alle in *Deutsch* gehalten wurden, dankbare Zuhörer, und nach 1½ Stunde sassen wir wieder in Horticultur Hall.

Es seien die Ansprachen hier verzeichnet, resp. die Namen der Redner: der Bischof v. Hereford, Frau von Suttner, Dr. Kin, John Lund, Booker, Washington, ein in Amerika wohlbekannter Neger, der Präsident des „Tuskegie College für farbige Männer und Frauen“ ist; ferner Miss Jane Addams aus Chicago und Mr. Bliss Perry, der Herausgeber der „Atlantic Monthly“, und Professor James von der Harvard Universität.

Schlussversammlung am 8. Oktober in der Parkstrassenkirche, vormittags 9½ Uhr.

Man kam nochmals auf den Bericht über die Zustände im Kongo-Staat zurück. Es heisst in demselben: Es wird behauptet, dass die Regierung des Kongo-Freistaates sich Land der Eingeborenen und Produkte derselben von kommerziellem Wert angeeignet und auf solche Weise das Beispiel zur Verübung von grobem Unrecht gegen die Eingeborenen und zur Beeinträchtigung der Rechte gegeben hat, welche von der Konferenz in Berlin für den internationalen Handel gewährleistet wurden. Die folgenden Resolutionen wurden dann eingereicht:

Im Interesse des Friedens empfiehlt der Kongress, dass die folgenden Fragen entweder einer neuen Konferenz der Mächte, welche bei der Bildung des Kongo-Freistaates beteiligt waren, oder dem Tribunal im Haag unterbreitet werden:

1. Ist die Regierung des Kongo-Freistaates noch als Treuhänder der Mächte zu betrachten, welche die Flagge der Internationalen Association anerkennen?

2. Ist die belgische Regierung als verantwortlich für die Handlungen der Regierung des Kongo-Freistaates zu betrachten?

3. Welches ist in dem einen oder anderen Falle die Stellung des Kongo-Freistaates im Völkerrecht, und in welcher Weise können die ernstesten Fragen hinsichtlich der ihm vorgeworfenen Handlungen in befriedigender und sachverständiger Weise entschieden werden?

Zu Beginn der Sitzung stellte der Vorsitzende Paine Jiro Abratani aus Tokio vor, welcher erklärte, es sei nicht zu leugnen, dass der Militarismus in Japan Fortschritte mache; aber es liege Grund zu der Hoffnung vor, dass die Nation, wenn die gegenwärtige Situation zum Abschluss gebracht sei, sich einer friedlichen Gesinnung zugänglich erweisen werde.

Ein interessantes Intermezzo ereignete sich dann, als der russische Delegierte, Dr. Chirurg, an dem Sitz des Japaners Abratani vorbeikam. Eine Dame rief dem Russen zu, sie würde sich freuen, wenn er dem Japaner freundschaftlich die Hand drücken würde. Ohne Zaudern wandte sich der Russe an den Japaner und schüttelte ihm warm die Hand mit den Worten: „Ich freue mich, einen Mitmenschen zu begrüßen.“ Die Delegierten jubelten dieser Szene Beifall.

Der Kongress nahm noch einstimmig Resolutionen an, worin der Kongress der Vereinigten Staaten ersucht wird, den zuständigen Sekretär anzuweisen, eine Berechnung der Kosten des letzten Krieges auszuarbeiten und drucken zu lassen.

Ein Exemplar der Resolutionen wird dem Präsidenten Roosevelt zugeschiedt werden.

Die Schaffung einer Friedensfahne wurde abgelehnt.

Der letzte Akt des Kongresses war ein Appell an die Nationen, der von Sekretär Trueblood verlesen wurde, worin u. a. gesagt ist:

„Während der 13. internationale Friedenskongress am 3.—8. Oktober in Boston tagte, war in einem anderen Weltteil ein mörderischer, an Greueln unübertroffener Krieg im Gange — ein Gegensatz voll bitterer Ironie.

„Der Krieg zwischen Russland und Japan — ein Krieg, der sehr leicht hätte vermieden werden können, wenn die beiden Kriegführenden und die anderen Signatarmächte im Haag an den dort von ihnen übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft festgehalten hätten — hat klar bewiesen, dass noch viel zu tun bleibt bei der Ausrottung alter Rassen- und anderer nationaler Vorurteile, falscher Ideen von nationaler Grösse und Ruhm, verkehrter Auffassungen von Patriotismus, und Gier nach Gebietsvergrößerung und nach Handelsvorteilen.

„Der Friedenskongress appelliert daher an alle Völker und Bevölkerungsklassen der Welt, sich zu einer höheren und angemesseneren Auffassung ihrer Rechte bei der Gestaltung der auswärtigen Politik, die von ihren resp. Regierungen verfolgt wird, aufzuraffen, damit sie nicht länger ohne ihre Zustimmung in törichte und verderbenbringende Kriege verwickelt werden.

„Der Kongress ladet alle Souveräne und Präsidenten aller Länder der Welt, alle Geistlichen und Lehrer der Jugend, und alle anderen, die Einfluss haben auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung, ein, das ganze Gewicht nicht nur ihres persönlichen Einflusses, sondern auch das ihrer Stellungen in die Wagschale zu werfen zur Ausrottung der Ursachen von Missheiligkeiten und Konflikten zwischen Völkern und zur Schaffung eines so vollständigen Systems internationaler Schiedsgerichte und einer so starken Friedensliebe der Völker, dass mit der Zeit die Barbarei des Krieges unmöglich wird.“

Nachdem dieser Appell einstimmig angenommen war, erklärte Präsident Treat Paine den Kongress für geschlossen, nachdem er noch der Presse des Landes den Dank des Kongresses ausgesprochen hatte.

Als nächster Kongressort wurde Luzern vorgeschlagen (neben Brüssel), und steht ein definitiver Beschluss hierüber wohl noch aus.

Zum Schluss meines Berichtes sei nur noch dem Gedanken Ausdruck gegeben, dass wir während der Tage in Amerika die Empfindung hatten, als seien die Ideale der Friedensfreunde schon in Erfüllung gegangen!

NB. Ein Bericht über verschiedene Friedensversammlungen in amerikanischen Städten, sowie über die erste derartige Veranstaltung in New York folgt in einem Schlussartikel.

R. Feldhaus,  
an Bord der „Hamburg“.

### Roosevelts Initiative zur neuen Friedenskonferenz.

Die Bemühungen des amerikanischen Staatsoberhauptes, eine neue Haager Konferenz zustande zu bringen, gehen bekanntlich auf eine Anregung der im September in St. Louis tagenden interparlamentarischen Friedenskonferenz zurück. Diese Versammlung hatte eine Resolution angenommen, welche die Einberufung einer neuen Friedenskonferenz im Haag oder an einem anderen Ort anstrebte. Die interparlamentarische Konferenz hatte sich dann in corpore nach Washington begeben, wo sie am 24. September im Weissen Haus vom Präsidenten Roosevelt empfangen wurde. Nationalrat Dr. Gobat übermittelte dem Präsidenten die von der Konferenz gefasste Resolution und führte dabei in einer Ansprache aus, die Konferenz habe gefunden, dass Roosevelt ganz vorzüglich geeignet sei, die Initiative für eine zweite Haager Konferenz zu ergreifen. Roosevelt erklärte sich bereit, die Staaten zu einer zweiten Konferenz einzuladen, welches Versprechen mit lautem Beifall begrüsst wurde. Seither liess Roosevelt die Staaten sondieren und unterbreitete ihnen die Einladung.

Das interparlamentarische Bureau in Bern, dessen Administrator Nationalrat Dr. Gobat ist, hat nun an die Mitglieder des interparlamentarischen Rates eine Zuschrift gerichtet, welche bemerkt, Roosevelts Zusicherung betreffend die Einberufung einer Friedenskonferenz habe die Bedeutung eines historischen Ereignisses. Der Präsident der Vereinigten Staaten werde zweifellos alle Energie anwenden, damit das Ziel erreicht werde. Indem die Union Roosevelt ersuchte, eine neue Konferenz einzuberufen, habe sie sich indirekt verpflichtet, seine Schritte zu unterstützen. Das interparlamentarische Bureau richte daher an die Mitglieder des interparlamentarischen Rates die Bitte, bei den Regierungen allen Einfluss aufzubieten, damit der Einladung des Präsidenten Roosevelt ein günstiger Empfang zuteil werde und die zweite Haager Konferenz zustande komme.

Inzwischen hat Staatssekretär Hay das Kreisschreiben, welches alle grösseren Staaten zur Beschickung einer zweiten internationalen Friedenskonferenz im Haag auffordert, abgesandt. Folgende Staaten sollen bereits ihre Zustimmung zur Beschickung der Konferenz gegeben haben: England, Vereinigte Staaten, Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Niederlande, Chile, Argentinien, Peru und Brasilien.

Die Schweiz wird sich selbstverständlich ebenfalls daran beteiligen.

### Ernste Mahnungen.

Russland ist von Japan geschlagen! Ob es diesem ungeheuren Reiche gelingen wird, sich aufzuraffen und den vordringenden Gegner schliesslich zurückzuwerfen, ist eine Frage, die unbeantwortet bleiben kann — heute ist Russland geschlagen!

Aus dem Verlaufe dieses Krieges werden alle, welche an die Verteidigung ihres Landes gegen fremde Eindringlinge denken, den Schluss ziehen, dass die Armee gut organisiert, gerüstet, schlagfertig sein muss — dieses allein gibt dem von Natur Schwächeren möglicherweise die Ueberlegenheit über den nachlässigen Stärkeren.

Aber arbeiten denn die „Kulturvölker“ nicht unablässig daran, gerüstet zu sein, besser gerüstet als andere? Und haben diese endlosen Rüstungen den unglückseligen Krieg verhütet?

Ist es unmöglich, aus der russischen Niederlage nicht nur einen kriegerischen Schluss, sondern auch eine friedliche Lehre zu ziehen?

Man wird nach Schuldigen suchen und sie finden; und doch sollte man weniger Menschen und Systeme verurteilen, als die Krankheit heilen, die so unermessliches Elend über die Menschheit bringt: die Herrschsucht, die Ländergier.

Die Friedensidee hat schon so feste Wurzeln gefasst, dass — wenn die Friedensfreunde eifrig weiter arbeiten — wir die Hoffnung hegen dürfen, in Europa werde es zu keinem Schlachten mehr kommen; die Mächtigen fürchten sich auch schon vor der grossen Verantwortlichkeit, die diejenigen trifft, die Kriege provozieren. Aber in Afrika, in Asien glaubt man fremde Völker unterjochen zu dürfen, um sie auszubeuten; man glaubt, sie niedermähen zu sollen, wenn auch sie nach Freiheit dürsten, nur weil der Weisse sich erhaben fühlt über andere Menschen, weil er die Macht seiner höheren Kultur in ihren Ausartungen lange ungestraft missbrauchen konnte.

Andere Zeiten kommen! Wie hat sich England, das stolze Weltreich, obgleich schliesslich „Sieger“, in Transvaal verrechnet? Der Löwe aus dem Stamme Juda schlug Italien bei Adua, und heute verjagt der Asiate den gewaltigen, gefürchteten Russen.

Das sind noch vereinzelt Fälle, ernste Mahnungen aber. Europa täusche sich nicht. Unsere neue Zeit verlangt freien, friedlichen Kulturfortschritt in allen Weltteilen, nicht Knechtung, nicht Krieg.

Dem Frieden gehört die Zukunft, dem Frieden auf Erden. A. B.

### Stimmen der Presse.

Die Aeusserungen der Presse in bezug auf die Friedensbewegung sind für uns stets von Interesse, zeigen sie doch einerseits, wie weit diese Leiterinnen der öffentlichen Meinung in ihrer eigenen ethischen Entwicklung vorangeschritten sind, und andererseits auch, wie stark der Einfluss der Friedensfreunde auf die öffentliche Meinung gewirkt hat, so dass die Presse es wagt, der Friedensbewegung das Wort zu reden. Der scheinbare Widerspruch in obigem Satze löst sich auf, wenn wir hinzufügen, dass wohl ganz besonders von der Presse das Wort gilt: Sie glaubt zu schieben und sie wird geschoben.

Der in Waldshut erscheinende „Alb-Bote“ schreibt in einem Artikel über die Absicht Roosevelts, eine neue Friedenskonferenz einzuberufen:

„Wir glauben freilich nicht, dass schnelle Erfolge von der allgemeinen Friedensbewegung zu erwarten sind; die Arbeit ist langsam und schwer, sie erfordert die Aufopferung vieler aus allen Landen. Aber der Gedanke, der die Friedensbewegung leitet und begeistert, wird sich trotz der notwendigen Realpolitik doch auf dem Gebiete des Völkerverkehrs wirksam erweisen. Die scheinbar unlösbare Frage, wie die Sprüche eines künftigen Völkergerichts auf anderem Wege als auf dem der Gewalt vollstreckt werden sollen, findet ihre Beantwortung auch in dem, was täglich geschieht. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Menschen tut im Verkehr von Mensch zu Mensch das Rechte, nicht nur weil sie durch äussere Gewaltmittel dazu gezwungen wird, sondern weil sie in der Pflicht, das Rechte zu tun, erzogen ist und sich von selbst dazu zwingt. Im Völkerverkehr kann man sich ebenfalls allmählich diesem Zustand annähern. Hunderte von Verträgen bestehen schon jetzt auf den verschiedensten Gebieten alles menschlichen Wirkens zwischen den verschiedensten Völkern, und sie alle werden gehalten, nicht nur weil eine überlegene äussere Gewalt die Völker dazu zwingt — das ist allerdings indirekt stets der stärkste Anstoss hierzu — sondern auch, weil es den Völkern und den sie leitenden Personen als selbstverständlicher Trieb geworden ist, das Rechte zu tun, Sitte und Pflicht zu folgen.

„Selbst im Kriege, wo nach einer längst überlebten Regel alter Anschauung die Gesetze schwiegen, schweigen sie jetzt nicht mehr. Die Genfer Konvention, der Pariser Vertrag, der Petersburger Vertrag, alle diejenigen Satzungen, welche schon jetzt Gesetze enthalten, werden im Kriege und im Lärme der Schlachten gleichzeitig nur deswegen gehalten, weil die Pflicht, sie zu halten, in das öffentliche Pflichtbewusstsein unausrottbar eingedrungen ist, und die Tatsache, dass man vereinzelt Uebertretungen dieser Gesetze als Pflichtverletzungen brandmarkt, ist ein Beweis für die feste Einwurzelung dieser Gesetze selbst. Nur darum handelt es sich, das Gebiet dieses öffentlichen Pflichtbewusstseins zu erweitern und zu vertiefen. Die Erfahrungen des letzten Krieges, in dem die ganze furchtbare Wirksamkeit moderner Zerstörungsmittel sich zeigt, sollten bei allen Kulturnationen den festen Vorsatz zeitigen, nach Kräften zur Vermeidung solcher Katastrophen durch internationale Vereinbarungen beizutragen.“